



## Kitas vor dem Kollaps

**DDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

November  
2022

## Kitas vor dem Kollaps

- 3 **Der bayerische Kita-Weg: 2005 - 2022  
Von der Kinderbildungs-idee zum Betreuungsmarkt**  
von Günther Schedel-Gschwendtner
- 5 **Arbeitsministerielles Schreiben vom 19. August 2022  
Überblick über die Maßnahmen und ihre Bedeutung**  
von Petra Nalenz
- 7 **Sozialministerin sorgt über fadenscheiniges Verfahren  
für Verschlechterungen**  
von Dorothea Weniger
- 8 **Wir brauchen die »Sprach-Kitas«!**  
von Kathrin Bauer und Carmen Ciancio
- 10 **Personalmangel in der Kita beeinträchtigt  
den Arbeitsalltag erheblich**  
von Michael Schindler
- 12 **Auch in der Fläche ist der Fachkräftemangel längst  
angekommen**  
von Hermine Sagmeister und Irmgard Schreiber-Buhl
- 13 **Nachhaltiger Hort, nachhaltige Schule**  
von Petra Nalenz

## Was es sonst noch gibt

- 14 **Zeugnisverweigerungsrecht:  
»Das ist von allergrößter Bedeutung«**  
von Sabine Prell und Malte Pannemann
- 16 **Tarifrunde Bund/Kommunen 2023  
GEW fordert deutliche Erhöhung der Tabellenentgelte im  
TVöD**  
von Anton Salzbrunn
- 17 **Der wirtschaftliche Rahmen für unsere Tarifforderungen**  
von Dr. Friedrich Sendelbeck
- 17 **aus der GEW**  
Dr. Fred Schell, ein Pionier der Digitalisierung in der Bildung, nimmt seinen Hut – und wir sagen Danke
- 18 **Leser\*innenbriefe**

## Rubriken

- 19 **Geburtstage und Jubiläen**
- 20 **Kontakte**

## Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder derzeit nur nach Terminvereinbarung.

Dazu bitte E-Mail senden:  
[rechtsstelle@gew-bayern.de](mailto:rechtsstelle@gew-bayern.de)  
Tel.: 089 544081-14

Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

## Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter [gew-bayern.de/anmeldung](http://gew-bayern.de/anmeldung) selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: [mitgliederverwaltung@gew-bayern.de](mailto:mitgliederverwaltung@gew-bayern.de)  
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.



**Kitas vor dem Kollaps** – In Münchner Kitas gibt es noch freie Plätze, meldete die Süddeutsche Zeitung am 12. Oktober. Allein es fehlt am Personal. 27,1 Prozent der Einrichtungen sind laut Münchner Kitastatistik aktuell vom Personalmangel betroffen. Zum Vergleich: 2021 waren es noch 25,1 Prozent. Außerhalb Münchens ist die Lage ähnlich desaströs, wie zwei Artikel dieser DDS-Ausgabe belegen.

Das bayerische Sozialministerium reagierte am 19. August mit einem Schreiben auf die Personalnot in Kitas. Beschäftigte, Kitaleitungen sowie Fachleute aus den Akademien und Hochschulen sind über den Inhalt allerdings entsetzt, denn das Sozialministerium verabschiedete sich damit von dem Gedanken, Kitas seien »Einrichtungen der frühkindlichen Bildung«. Bildung wird nur noch als »Herausforderung« gesehen, die wohl als nicht mehr bewältigbar erscheint, denn die verkündeten Maßnahmen zielen lediglich auf die Betreuung der Kinder ab. So heißt es z. B. in dem Schreiben: »Für Einstiegsgruppen [eine neue Möglichkeit der Betreuung; D. W.] wird in dem Modellversuch von Fördervoraussetzungen abgewichen und es werden Einschränkungen bei der Vermittlung der Bildungs- und Erziehungsziele akzeptiert.« »Legitimiert« werden die Maßnahmen durch »Art. 31 Experimentierklausel« des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG). Was sollte man auch anderes tun, angesichts dieser Personalnot? Die GEW rät den politisch Verantwortlichen: Zahlt anständige Gehälter – die anstehenden TVöD-Verhandlungen bieten eine gute Gelegenheit dafür – und wertet die sozialen Berufe in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung auf, dann lässt sich auch wieder Personal gewinnen. Ihr meint, dieser Rat käme reichlich spät? Dann noch ein Tipp: Hört früher auf die GEW. Wir reden seit vielen Jahren davon.

Dorothea Weniger

Liebe Kolleg\*innen,

die gba-Seminare finden derzeit als Onlineseminare statt und werden nur mit wenig Vorlauf und per E-Mail an GEW-Mitglieder ausgeschrieben. Bitte achtet deshalb bei Interesse darauf, dass der Mitgliederverwaltung eure aktuelle Adresse vorliegt, und teilt diese doch im Zweifelsfall gerne nochmals mit: [mitgliederverwaltung@gew-bayern.de](mailto:mitgliederverwaltung@gew-bayern.de)

GEW Bayern

## Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern  
Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810

E-Mail: [info@gew-bayern.de](mailto:info@gew-bayern.de) • [gew-bayern.de](http://gew-bayern.de) • [facebook.com/GEWBayern/](https://www.facebook.com/GEWBayern/)

Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger, Neumarkter Str. 22, 81673 München

E-Mail: [dorothea.weniger@gew-bayern.de](mailto:dorothea.weniger@gew-bayern.de)

Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Kilian Gremminger, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Karin Just, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Magnus Treiber, Chrissi Wagner, Wolfram Witte

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: IMAGO / Bernhard Classen

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 089 5029994

Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München

☎ 089 5029994, E-Mail: [team@druckwerk-muenchen.de](mailto:team@druckwerk-muenchen.de)

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.

Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser\*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

Der bayerische Kita-Weg: 2005 - 2022

# Von der Kinderbildungs-idee zum Betreuungsmarkt



Schon lange haben wir vor den Problemen gewarnt, die durch die politischen Entscheidungen der CSU-Regierung auf bayerische Kitas zukommen, hier auf einer Kundgebung zum BayKiBiG im Juli 2012.

**Die Entwicklungen an bayerischen Kitas verfolge ich seit Jahrzehnten. Ausgehend vom »Arbeitsministeriellen Schreiben« (AMS) vom 19. August 2022 des bayerischen Sozialministeriums blicke ich bis in das Jahr 2005 zurück, um aufzuzeigen, wie der Anspruch der ehemals frühkindlichen Bildung immer mehr zur reinen Betreuung von Kindern verkommt.**

Zentrale Qualitätsmerkmale einer »guten Kita« sind eine pädagogisch sinnvolle Fachkraft-Kind-Relation, eine gute Qualifikation der pädagogisch Tätigen und eine Gruppengröße, die pädagogisches Arbeiten möglich macht. Mit dem Schreiben des Sozialministeriums zum Start des neuen Kitajahres wird an allen drei Stellschrauben gedreht. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind die Beschäftigten und die Kinder.

## Fehlstart zum neuen Kitajahr 2022/2023

Um steigende Kinderzahlen und fehlende Fachkräfte<sup>1</sup> irgendwie aufzufan-

gen und auf Bitten der Kommunen, die mit viel zu geringen finanziellen Mitteln die Verantwortung für Rechtsansprüche (Recht auf einen Kitaplatz seit 2013, Recht auf eine Ganztagsbetreuung ab 2026) tragen, ist das Sozialministerium offenbar bereit, die wenigen roten Linien des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG), die die pädagogische Qualität in den Kitas sichern, zu überschreiten: Größere Gruppen und weniger Fachpersonal in der Großtagespflege und in den Mini-Kitas sowie die Einrichtung von Spiel- und Einstiegsgruppen, die jahrelang ohne jegliche pädagogische Fachkräfte auskommen sollen, verändern die Situation in den Einrichtungen maßgeblich.

Darüber hinaus liegen die Qualifikationsstandards einer neu eingeführten Modulausbildung weit unterhalb der bisherigen Standards für Kinderpfleger\*innen und Erzieher\*innen.<sup>2</sup> Das bayerische Sozialministerium setzt damit eine Entwicklung fort, die schon vor Jahren mit »Schmalspurausbildungen« begonnen wurde. Die aktuelle Öffnung für unqualifizierte Personen

wird die pädagogischen Fachkräfte vor Ort nicht entlasten, da diese die Einarbeitung der Kolleg\*innen übernehmen müssen. Gleichzeitig werden dadurch aber auch das gesellschaftliche Ansehen und die Attraktivität des Berufsfeldes beschädigt.<sup>3</sup> Ein fataler Fehler.

Der neuerdings nicht mehr nur in den großen Kommunen herrschende Fachkräftemangel wirkt sich auch auf die Öffnungszeiten der Kitas aus, die nicht mehr garantiert werden können. Daran sind sicher auch die zwei Jahre Corona schuld, doch vieles ist selbst verschuldet: Die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich bereits mit dem BayKiBiG, sodass gutes Fachpersonal häufig wechselte oder gar den Beruf verließ. Mariana Grgic wies bereits 2019 darauf hin, dass ca. ein Viertel der pädagogischen Fachkräfte in Kitas innerhalb der ersten fünf Jahre wieder kündigt.<sup>4</sup>

All diese Verschlechterungen treffen neben den Beschäftigten v. a. die Kinder und Familien, die als sogenannte Bildungsbenachteiligte gelten und besonders engagierte und bestens ausgebildete Fachkräfte benötigen würden, um

keine Entwicklungsrückstände zu erleiden und ihren Weg in der Gesellschaft zu finden. Auf dem Spiel steht aber auch die Inklusionsfähigkeit bayerischer Kitas, die ohnehin nur ungenügend vorhanden war.

Wie konnte es so weit kommen?

## Das BayKiBiG – ein neoliberales Gesetz

Noch im Jahre 2005 konnte man in Bayern als Elternverein einen Kindergarten unterhalten. Dort übernahmen bis zu zwei Fachkräfte Gruppen mit 15 Kindern. Der Freistaat übernahm stets 80 Prozent der tariflichen Personalkosten, auch für Vertretungskräfte. Reiche Kommunen legten noch etwas drauf oder leisteten die sogenannte Defizitfinanzierung.<sup>5</sup>

In den frühen 2000er-Jahren entwickelte das Staatsinstitut für Frühpädagogik und Medienkompetenz (IFP) einen Bildungsplan, der sich der Idee der frühen, nicht vorschulischen Bildung verschrieb. Anders, als es der damalige Leiter Wassilios E. Fthenakis forderte, fiel das dafür geplante Gesetz aber aus: Im neoliberalen Stil der Stoiber-Regierung wollte die CSU mit ihrer damals noch absoluten Mehrheit v. a. Wirtschaftlichkeit und Effizienz auch in sozialen Betrieben einführen. Man griff also zu den schon im Gesundheitswesen unseeligen Fallpauschalen und weitete diese auf die Behinderten- und Jugendhilfe als Leistungspauschalen aus. Über Durchschnittswerte je nach Buchungszeiten und sogenannten Faktoren wurde die Kita zum Wirtschaftsbetrieb degradiert. Die Subventionen waren im Zuge dessen für sämtliche Betriebskosten viel zu gering, mit 65 Prozent Kostendeckung wurden freie Träger und v. a. Eltern und Kommunen über Gebühr belastet.<sup>6</sup> Gewinner waren die spitz rechnenden Kitas und nicht die pädagogisch ambitionierten. Die Fachkraftquote sank auf 50 Prozent, heute ist auch diese schon wieder Makulatur.

Die GEW Bayern sah diese Entwicklung lange vorher, da sie sich in sogenannten Modellregionen (Bayreuth und Landsberg/Lech) schon im Vorfeld abzeichnete: Wir, das Bündnis für Kitaqualität »Kinder brauchen Qualität (KbQ)«, kämpften spätestens seit 2000 für ein Kinderbildungsgesetz, das seinen Namen auch verdient. Leider fehlten uns aber echte Oppositionsparteien im Par-

lament: Grüne und SPD konnten sich auf keinen Gesetzesentwurf einigen.

Die GEW Bayern sagte deshalb folgende Defizite für die bayerischen Kitas voraus:

- Große Kitaeinheiten (Häuser für Kinder) mit fluktuierendem, oft anonymem und flexibel eingesetztem Personal
- Fehlende Entlastungszeiten v. a. für die Vor- und Nachbereitung der Bildungsarbeit
- Ungleiche Bedingungen in Bayern (reiche und arme Kommunen, Defizitverträge)
- Verdrängung des Bildungsauftrags der Kita durch den Betreuungsauftrag



Protestplakat auf einer Kundgebung im Juli 2012

Die aktuellen Folgen, nämlich der Fachkräfterrückzug und -mangel, sind großenteils aufgrund dieses neoliberalen Gesetzes selbst verschuldet, auch wenn der Freistaat sich seit einiger Zeit bemühte, mit Projektförderung (z. B. Kitabonus, KitaPlus, Pädagogische Qualitätsbegleitung – PQB) mehr Geld ins System zu bringen. Doch die anfangs noch großzügig fließenden Bundeszuschüsse steckte die CSU politisch motiviert in die Gebührenentlastung nach dem Gießkannenprinzip statt in die Qualität der Kinderbildung.

## Ausblick

Mit den neuen Maßnahmen senkt die CSU die Qualität und die Ausbildungsstandards weiter massiv ab. Um großflächig für Fachkräfte zu werben,

bedürfte es aber massiver Investitionen in bessere Arbeitsbedingungen. Statt tätiger Reue versucht die CSU, den Schwarzen Peter nach Berlin zu schieben und im Wahlkampf bestenfalls in Deckung zu gehen. Doch eigentlich sollten die fehlenden 67.000 Fachkräfte für Kitas in Bayern<sup>7</sup> die Öffentlichkeit wachrütteln und den Niedergang der Bildungsqualität zum Wahlkampfthema Nummer eins machen.

Für den sozialpädagogischen Bereich muss sich die GEW gut überlegen, ob und unter welchen Bedingungen sie in dem vom Sozialministerium initiierten »Bündnis für frühkindliche Bildung in Bayern« bleiben will und kann. Ein Forderungspapier, das auch Eltern in den Blick nimmt, wäre zudem hilfreich, denn der Kurs der Regierung ist hinsichtlich des nächsten Rechtsanspruchs auf Ganztage bereits erkennbar: Hier droht der nächste Qualitätsabbau. Von der Söder-Regierung ist mit Sicherheit nicht zu erwarten, dass sie sich in den sogenannten weichen Themenbereichen (Kitabildung oder Ganztage) profilieren wird. Der Ministerpräsident versteht es schon jetzt meisterhaft, immer wieder Nebelkerzen zu werfen und norddeutsche Sündenböcke an die Wand zu malen.

von  
**Günther Schedel-  
Gschwendtner**

Gewerkschaftssekretär der  
GEW Bayern  
für sozialpädagogische Berufe  
(1992-2010)



1 Stellungnahme aus den bayerischen kindheitspädagogischen Studiengängen zu den Plänen von Sozialministerin Scharf zur Verringerung des Fachkräftemangels in Kitas in Bayern: Aktuelle Analysen gehen von einem Fachkräftebedarf für Westdeutschland bis 2030 zwischen 20.000 und 226.000 Personen aus. Vgl. evhn.de

2 Vgl. kita-fachkraefte.bayern

3 Stellungnahme (Fußnote 1): »Auffallend ist, dass es in bayerischen Kitas kaum akademisch qualifiziertes Personal gibt. Während Bayern mit 35,6 % den höchsten Anteil an Ergänzungskräften bundesweit (Personen mit Berufsfachschulabschluss/Kinderpfleger\*innen) in Kitas hat, liegt der Anteil bei den Hochschulabschlüssen bei 4,5 %. Damit ist Bayern zwar nicht Schlusslicht, aber die Relation von Fach- und Ergänzungspersonal ist bundesweit am schlechtesten.«

4 Grgic, Mariana (2019): Gekommen, um (nicht) zu bleiben. Download: bpb.de

5 Diese Förderung galt allerdings nicht für Krippen und Horter.

6 Die Finanzierungslücke ist bis auf 2,26 Mrd. Euro angewachsen. 1 Mrd. Euro davon brachten die Gemeinden als freiwillige Eigenleistung auf. 570 Mio. Euro schoss der Freistaat zu den Elternbeiträgen zu. Der Rest, also 0,7 Mrd. Euro, fehlt nach wie vor für die Kitaqualität.

7 Kathrin Bock-Famulla u. a.: Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2022. Bertelsmann-Stiftung. Download: bertelsmann-stiftung.de



Arbeitsministerielles Schreiben vom 19. August 2022

# Überblick über die Maßnahmen und ihre Bedeutung

Das bayerische Sozialministerium (CSU) verschickte am 19. August 2022 ein »Arbeitsministerielles Schreiben« (AMS) an die Regierungen, an die kreisfreien Städte und an die Kreisverwaltungsbehörden. Darin enthalten sind neue Regelungen für das Kitajahr 2022/2023. Diese stellen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen sowie den Abbau der Qualifizierung des Personals und der pädagogischen Qualität der Kitas dar. Um diese Maßnahmen, die dem Bayerischen Kinderbildungs- und

-betreuungsgesetz (BayKiBiG) widersprechen, zu legitimieren, definierte das Ministerium einfach Artikel 31 Experimentierklausel BayKiBiG um.<sup>1</sup>

Im Folgenden steht den geschilderten Maßnahmen in den Textextrahen gegenüber, was sie für die Praxis in der Kita bedeuten und wie die Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW Bayern diese Maßnahmen beurteilt:

## Arbeitsministerielles Schreiben (AMS) vom 19. August 2022

Begründung zur Legitimierung der Maßnahmen:  
Art. 31 Experimentierklausel BayKiBiG

Die Experimentierklausel soll der Erprobung von innovativen Qualitätsverbesserungen dienen. Die Maßnahmen im AMS sind aber nicht innovativ.

### Zitat aus dem AMS:

»Spielgruppen in staatlich geförderte Einrichtungen integrieren«

Spielgruppen haben einen anderen Anspruch als Einrichtungen. Zudem wird über diese Maßnahme der Fachkräftemangel nicht gelöst und es gibt dadurch auch nicht mehr freie Plätze für Kinder.

### Zitat aus dem AMS:

»Folgende Konzepte sollen modellhaft erprobt werden

#### 1. Mini-Kita

- ...
- Bei Anwesenheit von drei Beschäftigten (auch Kindertagespflegeperson mit Zusatzqualifikation vom StMAS als »Ergänzungskraft in der Mini-Kita«) können bis zu 15 Kinder (bisher bis zu 12 Kinder) betreut werden. Der Fachkräfteanteil wird auf 33 % gesenkt (bisher 50 %).

Dies bedeutet in der Praxis eine Standardabsenkung der Fachkraftquote in der Mini-Kita.

- ...
- Ab dem Schuljahr 2026/2027 tritt sukzessive der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter in Kraft. Bei überschaubaren Bedarfen z. B. an einzügigen Grundschulstandorten kann die Mini-Kita (bzw. ein Mini-Hort) eine Option sein. Sofern die Mini-Kita nur Schulkinder betreut, wird Art. 2 Abs. 5 Satz 3 BayKiBiG abbedungen. Es sind von Anfang an keine Mindestbesuchszeiten erforderlich.«

Damit verabschiedet sich das Sozialministerium von dem Gedanken, dass mit Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung der Bildungsanspruch an Kita und Hort aufrechterhalten bleibt. Im Vordergrund steht dann nur noch die Betreuung der Kinder. Dies bedeutet in der Praxis eine Standardabsenkung der Fachkraftquote in der Mini-Kita.

### Zitat aus dem AMS:

»2. Einstiegsgruppen (neu)

...

In Einstiegsgruppen werden Kinder bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren vor der regulären Einschulung betreut.«

**Im AMS wird dann das Beispiel genannt, dass ausschließlich ukrainische Kinder von ukrainischen pädagogischen Kräften betreut werden:** »Mit dieser Option der Schaffung von Einstiegsgruppen sollen förderfähige Betreuungsangebote ermöglicht werden, bei denen z. B. ausschließlich ukrainische Kinder von ukrainischen pädagogischen Kräften betreut werden.«

Bei diesem Passus stellen wir folgende bildungspolitischen Fragen: Warum sollen ukrainische Kinder nicht von Anfang an Deutsch lernen? Nur weil davon ausgegangen wird, dass sie nach zwei Jahren Deutschland wieder verlassen?

»Im Rahmen der Experimentierklausel bleiben folgende Fördervoraussetzungen unberücksichtigt:

- Art. 21 Abs. 4 Satz 4 BayKiBiG (Mindestbuchung: unberücksichtigt bleiben Buchungen im Umfang bis zu täglich 3 Stunden)
- § 5 Kinderbildungsverordnung (AVBayKiBiG) (Sprachliche Förderung in der deutschen Sprache)
- § 16 Abs. 1 Satz 2 und 3 AVBayKiBiG (Sprachkenntnisse des pädagogischen Personals)
- Die Vorgabe der Fachkraftquote nach § 17 Abs. 2 Satz 1 AVBayKiBiG entfällt. Der Anstellungsschlüssel kann mit nach § 16 Abs. 6 AVBayKiBiG zugelassenem Personal erfüllt werden.«

#### Zitat aus dem AMS:

»3. Großtagespflege (GTP)

Aufgrund des Mangels an Fachkräften entfällt unter Anwendung der Experimentierklausel das Erfordernis nach Art. 9 Abs. 2 Satz 2 BayKiBiG, wonach bei mehr als acht gleichzeitig anwesenden Kindern mindestens eine Tagespflegeperson eine pädagogische Fachkraft nach § 16 Abs. 2 AVBayKiBiG sein muss.«

**Hinweis von uns: Auch die weiteren Absätze beziehen sich auf eine Erhöhung der Kinderzahlen.**

**von Petra Nalenz**

Erzieherin  
Mitglied der DDS-Redaktion

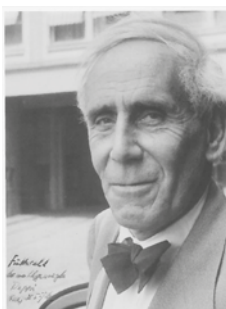
Zwei Jahre vor Schulbeginn kann dann erst Förderbedarf festgestellt werden. Der Rechtsanspruch auf Bildung von Kindern sollte unabhängig vom Aufenthaltsstatus sein. Die Herabsetzung der Standards an Sprachkenntnissen und Ausbildung des Personals zeigt, dass momentan der Blick nur auf Betreuung gelegt wird. Bildung und Erziehung ist kein Thema mehr.

Auch diese Passage steht für die Verschlechterung der Qualitätsstandards und der Arbeitsbedingungen. Immer mehr zu betreuende Kinder werden auf die wenigen vorhandenen Fach- und Ergänzungskräfte verteilt.

- 1 Wortlaut des Art. 31 Experimentierklausel BayKiBiG: Zur Erprobung innovativer Konzepte für die pädagogische Arbeit, die Förderung und das Bewilligungs- und Aufsichtsverfahren kann von den Vorschriften dieses Gesetzes und der hierzu ergangenen Ausführungsverordnung mit Zustimmung des Staatsministeriums unter Beteiligung der übrigen zuständigen Staatsministerien abgewichen werden.

## Aus verbrannten Büchern lesen

Die GEW Bayern erinnert online ein Jahr lang an die Bücherverbrennung vom Mai 1933 (vgl. DDS 5/2022, S. 15). Das Projekt wird von der »Münchner Freiheitsbibliothek« ausgeführt. Monatlich stellen wir eine\*n neue\*n Autor\*in auf der GEW-Homepage vor. Im November befassen wir uns mit Emil Julius Gumbel.



### Emil Julius Gumbel (1891 – 1966): Ein Mathematiker gegen Krieg und politischen Mord

Der in München geborene Mathematiker Emil Julius Gumbel dokumentierte mit den Methoden der Statistik die politischen Morde seiner Zeit zwischen der brutalen Niederschlagung der Revolution 1919 und dem Sieg der Hitler-Partei 1933. Er zeigte,

wie eine rechtslastige Justiz mit rechtsradikalen Mördern umging und sie besonders in Bayern geradezu in ihren Taten bestätigte. Er trat für Frieden und Auflösung der »Schwarzen Reichswehr« ein. Er sprach vom »Feld der Unehre« und verlor, unbeirrbar in seiner politischen Haltung, bereits 1932 seine Professur in Heidelberg. Im Pariser Exil engagierte er sich für ein gemeinsames politisches Handeln der so unterschiedlichen Exilant\*innengruppen. In den USA entwickelte er seine »Extremwerttheorie«, die bis heute in vielen Bereichen praktische Anwendung findet.

#### von Michael Schätzl

Weitere Texte:

[gew-bayern.de/erinnerung-an-die-buecherverbrennung-1933](http://gew-bayern.de/erinnerung-an-die-buecherverbrennung-1933)

## GEW und Medien – Pressemitteilungen der GEW Bayern im September 2022

- GEW Bayern: Was ist nun mit schwangeren Lehrkräften? – PM 32 v. 15.9.2022
- A 13 für alle Lehrkräfte – Erfolg der GEW! – PM 33 v. 21.9.2022
- GEW Bayern: Schwangere im Schulbetrieb schützen! Wo bleibt der Praxisleitfaden? Kultusministerium lässt Schulleitungen erneut im Stich – PM 34 v. 30.9.2022

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden:  
[gew-bayern.de](http://gew-bayern.de)



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter AJuM.de (Datenbank) oder unter [LesePeter.de](http://LesePeter.de).

Im November 2022 erhält den LesePeter das Sachbuch

### Soledad Romero Marino Die berühmtesten Diebstähle der Welt

Kleine Gestalten • Berlin 2022 • 63 S.  
19,90 EUR • ab 10 Jahre  
ISBN: 978-3-96704-727-1

Ob Kunstraub, Bankeinbrüche oder Hackerangriffe – raffiniert ausgeklügelte Diebstähle faszinieren viele Menschen. Neun spektakuläre Fälle der Kriminalgeschichte sind Gegenstand dieses Buches. Im Retro-Zeitungsstil wird äußerst anschaulich dargestellt, wie die Diebe vorgegangen sind und wie die Polizei den Tätern auf die Spur kam. Viele verblüffende Hintergrundinformationen sorgen für spannende Unterhaltung.

# Sozialministerin sorgt über fadenscheiniges Verfahren für Verschlechterungen

**Am 8. Juli 2005 beschlossen die Abgeordneten des bayerischen Landtags das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG). Die vom Sozialministerium benannten Hauptziele des Gesetzes waren damals: der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung sowie eine Qualitätsentwicklung und -sicherung der frühkindlichen Bildung. Nun hat es sich davon verabschiedet.**

Zum BayKiBiG gehört auch eine entsprechende Ausführungsverordnung. Oskar Brückner, damaliger Vorsitzender der GEW Bayern, kritisierte 2005 das Gesetz wie die Verordnung im Rahmen einer Stellungnahme: »Auch eine bessere Verordnung könnte die fachlichen Mängel des Gesetzes nicht retten, die vorliegende passt sich dem pädagogisch gesehen kontraproduktiven und handwerklich schlecht gemachten Gesetz, das eher den betriebswirtschaftlichen Grundsätzen des ISKA-Modells<sup>1</sup> als denen des Bildungs- und Erziehungsplans entspricht, allerdings weitgehend an.«<sup>2</sup>

Mit Beginn des aktuellen Kitajahres erlebten nun die Beschäftigten, wie ein Artikel aus dem BayKiBiG vom Sozialministerium dafür benutzt wird, um die Arbeit vor Ort und die pädagogische Qualität in den Kitas aus den Angeln zu heben.

## Art. 31 BayKiBiG – die Experimentierklausel

Art. 31 BayKiBiG schien ein kleiner Lichtblick des Gesetzes zu sein. Dort heißt es: »**Art. 31 Experimentierklausel.** Zur Erprobung innovativer Kon-

zepte für die pädagogische Arbeit, die Förderung und das Bewilligungs- und Aufsichtsverfahren kann von den Vorschriften dieses Gesetzes und der hierzu ergangenen Ausführungsverordnung mit Zustimmung des Staatsministeriums unter Beteiligung der übrigen zuständigen Staatsministerien abgewichen werden.«

Demnach ist die Experimentierklausel für innovative Konzepte der pädagogischen Arbeit reserviert. Die bayerische Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU) definierte nun mit dem »Arbeitsministeriellen Schreiben« (AMS) V3/13 – 2022, das am 19. August 2022 an die Regierungen, kreisfreien Städte und Kreisverwaltungsbehörden geschickt wurde, die oben genannte Experimentierklausel um und versucht darüber, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen sowie den Abbau der Qualifizierung des Personals und der pädagogischen Qualität der Kitas zu legitimieren.

Fokussiert sich Art. 31 BayKiBiG noch auf die pädagogische Arbeit, für die im Sinne der Weiterentwicklung Sonderregelungen gelten sollen, wird gerade die Pädagogik vom AMS gestutzt, wenn nicht – in Teilen zumindest – vernichtet. Gleichzeitig schiebt die Sozialministerin die Verantwortung dafür »nach unten« ab: »Vor diesem Hintergrund<sup>3</sup> sollen auf Grundlage der Experimentierklausel (Art. 31 BayKiBiG) den Gemeinden und Trägern modellhaft und zeitlich befristet Optionen eröffnet werden, um vor Ort handlungsfähig zu bleiben. Die Gemeinden und Träger entscheiden für sich, ob diese erweiterten Möglichkeiten für sie in Frage kommen.« Dieses

Abschieben der Verantwortung wird dazu führen, dass reichere Gemeinden weiterhin auf Qualität Wert legen können, finanzschwächere dagegen massive Abstriche machen müssen, die zulasten der Beschäftigten und der Kinder gehen. Damit geht die Schere in der Gesellschaft auch hier noch weiter auseinander.

## Das AMS – ein juristischer Kniff?

Bezeichnenderweise heißt die Überschrift von Teil B des »Arbeitsministeriellen Schreibens« dann auch »Folgende Konzepte sollen modellhaft erprobt werden«. Die Worte »innovativ« und »pädagogisch« aus Art. 31 BayKiBiG sucht man im weiteren Text vergebens. Vielmehr werden Vorgaben des BayKiBiG ohne Gesetzesänderung über Bord geworfen. Kann es sein, dass das Verfahren, das das Sozialministerium hier anwendet, juristisch nicht haltbar und damit undemokratisch ist?



von Dorothea Weniger

DDS-Redaktionsleiterin

- <sup>1</sup> Das ISKA-Modell ist ein Modell der Finanzierung von Einrichtungen der frühkindlichen Bildung.
- <sup>2</sup> Vgl. Oskar Brückner: BayKiBiG – Ausführungsverordnung. Stellungnahme (4.8.2005) zum Entwurf der Verordnung zur Ausführung des bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes. Zum Schreiben vom 6.7.2005 Nr. VI 4 7362 / 127 / 05; vgl. gew-bayern.de
- <sup>3</sup> Gemeint ist damit der Versuch der Kompensierung des Personalmangels und der Aufrechterhaltung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

# Wir brauchen die »Sprach-Kitas«!



Foto: IMAGO / biky

**Nach Bekanntwerden der Information, dass zum Jahresende 2022 vom Bund keine Gelder mehr für »Sprach-Kitas« zur Verfügung stehen werden, erzielte die danach initiierte, bundesweite Kampagne »Sprach-Kitas retten!« über 275.000 Unterschriften und ist damit ein deutliches Zeichen gegen dieses staatliche Vorhaben. Auch Bayerns »Sprach-Kitas« kämpfen für die Fortsetzung des Programms, das weit mehr ist als »Sprachförderung«.**

Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung werden derzeit bundesweit deutlich, auch in den Kitas und damit in einem Bereich, der ohnehin finanziell schlecht ausgestattet ist. In Bayern sind 817 zusätzliche Fachkräfte und 60 zusätzliche Fachberatungen, die sich seit 2016 in »Sprach-Kitas« für die Qualität in der Bildung und Betreuung von Kindern einsetzen, von der dann fehlenden Finanzierung betroffen.<sup>1</sup>

Die Ankündigung darüber im Juli 2022 löste eine große Welle des Widerstandes aus. So hat eine Petition an den Deutschen Bundestag, angestoßen von einer Kitaleitung im Rahmen der Kampagne »Sprach-Kitas retten!«, die wichtige Hürde von 50.000 Unterschriften für eine öffentliche Anhörung weit überschritten: Nach Ende der Laufzeit im September beträgt die derzeitige

Gesamtzahl von analogen und digitalen Mitzeichnungen 275.950<sup>2</sup>. Damit ist sie die erfolgreichste Petition des Jahres und zeigt, welche gesellschaftliche Relevanz eine breite Öffentlichkeit der Fortführung des Bundesprogramms »Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist« zuschreibt.

## Programm der »Sprach-Kitas«

Seit 2016 fördert der Bund mit dem Programm »Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist« deutschlandweit Kindertageseinrichtungen und Träger und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur »Alltagsintegrierten Sprachbildung«, zur »Inklusiven Pädagogik« und zur Unterstützung bei der »Zusammenarbeit mit Familien«. Die im Programm vorgesehenen Qualifizierungen und Weiterbildungen des gesamten Personals einer Einrichtung stärken nachhaltig die Qualität der Kinderbetreuung. Die Anbindung an aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und die strukturelle Möglichkeit der Multiplikation sorgen dafür, dass das Programm so besonders und zugleich erfolgreich sowie für die Zukunft unserer Gesellschaft wichtig ist.

Das Zentrum für Professionalisierung in der Elementarpädagogik (PEP) stellt Qualifizierungsmaterial zur Verfügung

und schult die zusätzlichen Fachberatungen, die Teil des Programms sind. Diese wiederum arbeiten mit den Kitaleitungen und den zusätzlichen »Fachkräften »Sprach-Kitas« zusammen: In Arbeitskreisen werden Inhalte vermittelt und bei Besuchen in der Kita »Good-Practice«-Möglichkeiten erarbeitet, die zu den Gegebenheiten der jeweiligen Einrichtungen passen. Das Tandem aus Einrichtungsleitung und zusätzlicher Fachkraft bringt die Themen ins gesamte Team ein, sodass sich das erweiterte Wissen und die reflektierte Haltung auf die Handlungsfelder »Alltagsintegrierte Sprachbildung«, »Zusammenarbeit mit Familien« und »Inklusive Pädagogik« im Kitaalltag auswirken und letztendlich die Zielgruppen des Programms – nämlich die Kinder und ihre Familien – davon profitieren können. Es geht also um mehr als um Sprachbildung oder gar »Sprachförderung« für »die« Kinder »mit Migrationshintergrund« oder »die« Kinder aus »bildungsbenachteiligten Familien«.

## Gute Startchancen für alle Kinder!

Es geht um (Selbst-)Reflexionsprozesse, die das Denken, unser (Sprach-)Handeln oder die Routinen des Alltags vorurteilsbewusst unter die Lupe neh-



men, Veränderungen anregen und dadurch die Chancengerechtigkeit ermöglichen, die wir als Gesellschaft brauchen.

Deutschlandweit gibt es derzeit 6.804 »Sprach-Kitas« und 264 Fachberatungsstellen (Stand Juli 2022). Durch das Bundesprogramm profitieren in jeder achten Kita über 500.000 Kinder und deren Familien von den zusätzlichen Fachkräften, Mitteln und Strukturen.

## Ungewisse Finanzierung

Die Ankündigung des Bundesfamilienministeriums, die Förderung zum Jahresende zu beenden, sorgte für großen Unmut, auch wenn aufgrund des Föderalismus das Ende der Finanzierung des Bundes und sein Aufruf an die Länder, die erfolgreichen Strukturen nun selbst zu übernehmen und zu verstetigen, letztendlich eine Frage der Zeit waren. Aber weder die zusätzlichen Fachkräfte noch die Fachberatungen und Träger von »Sprach-Kitas« können nachvollziehen, wie sich der Bund aufgrund von Sparmaßnahmen so unerwartet schnell ohne vernünftigen Plan für den Übergang mit den Ländern aus der Verantwortung nimmt – trotz entgegenlautender Formulierung im Koalitionsvertrag, trotz des Aufholbedarfes durch

die Coronakrise, trotz der Anforderungen durch die steigende Zahl von Kindern mit Fluchterfahrung und obwohl letztes Jahr noch neue Kitas in die Förderung aufgenommen wurden.

Zum Engagement der betroffenen Fachkräfte und Fachberatungen zur Rettung des Bundesprogramms »Sprach-Kitas« gehören auch die Korrespondenz mit Politiker\*innen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie persönliche Gespräche. So trafen sich Mitarbeiterinnen des Dachverbandes der Elterninitiativen Augsburg e. V. mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Ulrike Bahr, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, um Möglichkeiten der Weiterfinanzierung auf Bundes- und/oder Landesebene zu diskutieren. (s. Foto oben)

Denn obwohl einerseits die Politiker\*innen aus allen Fraktionen das erfolgreiche Programm loben und sich für eine Weiterführung aussprechen, ist man sich andererseits doch uneins, ob Länder oder Bund sich künftig verantwortlich zeigen sollen. Uns ist wichtig, dass eine nachhaltige Lösung auch die Strukturen, die sich seit 2016 erfolgreich eingespielt haben und hervorragend evaluiert wurden, erhält.

## Kita-Qualitätsgesetz taugt nicht als Rettungsschirm

Das Zeichen, dass der Bund im Anschluss an das »Gute-Kita-Gesetz« auch in den nächsten zwei Jahren jeweils zwei Milliarden Euro für Qualitätsmaßnahmen in der frühkindlichen Bildung und Betreuung bereitstellt, ist richtig. Im neuen Entwurf für das Kita-Qualitätsgesetz

ist ferner auch ein besonderer Fokus auf das Handlungsfeld 7 »Förderung der sprachlichen Bildung« ausgewiesen. Damit ist die sprachliche Bildung eines von insgesamt sieben Handlungsfeldern, in denen die Länder nun prioritär die Mittel aus dem Kita-Qualitätsgesetz investieren können. Bisher war dies in zehn Handlungsfeldern möglich. In diesem Zusammenhang fehlt aber eine zentrale Komponente des Gesetzes in den Statements der Bundesregierung: Die Bundesländer haben auf Grundlage des »Gute-Kita-Gesetzes« bereits bestehende Qualitätsmaßnahmen und Maßnahmen zur Gebührentlastung für die Familien implementiert, die die zwei Milliarden Euro komplett in Anspruch nehmen. Eine Abdeckung der rund 250 Millionen Euro für den Erhalt

der »Sprach-Kitas« – immerhin 12,5 Prozent der jährlichen Mittel des Kita-Qualitätsgesetzes – würde demnach nur zu Lasten anderer Qualitätsmaßnahmen erfolgen können.

Dabei ist es eine Schande, dass zum Beispiel Bayern mehr als 60 Prozent der Mittel aus dem »Gute-Kita-Gesetz« für die Entlastung der Eltern bei den Kita-Gebühren verwendet. Was grundsätzlich begrüßenswert ist, weil es den Familien hilft, trägt nichts zur Steigerung der Qualität in den Kitas bei und sollte von daher nicht mit den Mitteln finanziert werden, die z. B. für mehr Personal und eine bessere Ausstattung in den Kitas vorgesehen sind.

Dennoch will die Bundesregierung die Verantwortung für die Qualität der frühkindlichen Bildung abgeben und gleichzeitig die Bundesländer dazu zwingen, eine Entscheidung zu treffen, welche Qualitätsmaßnahmen zukünftig

wegfallen müssen, um die »Sprach-Kitas« zu retten. Nachhaltig für die Kinder, ihre Familien und die Fachkräfte in den Kitas ist das nicht. Wir befürchten, von unserer erfolgreichen, siebenjährigen Arbeit bleibt nichts übrig.

Am 10. November findet die Abschlussitzung der Haushaltsberatungen des Bundes statt. Bis dahin wollen

die Fürsprecher\*innen laut sein und für die Qualität unserer Kitas kämpfen. Sparen an den Kindern, die gute Bildung und Betreuung mehr denn je brauchen, ist auf jeden Fall der falsche Kurs.



Iris Hentschel, Kathrin Bauer und Carmen Ciancio trafen sich mit der Bundestagsabgeordneten Ulrike Bahr (SPD; v. l. n. r.), um Finanzierungsmöglichkeiten für die »Sprach-Kitas« zu diskutieren. Fotonachweis: Christine Grieshaber/Team Ulrike Bahr

von Kathrin Bauer



und



Carmen Ciancio

Zusätzliche Fachberatungen »Sprach-Kitas« im Dachverband der Elterninitiativen Augsburg e. V.

- 1 Angaben laut bayerischem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
- 2 Auszahlungsstand vom 29. September 2022, vgl. sprachkitas-retten.de

# Personalmangel in der Kita beeinträchtigt den Arbeitsalltag erheblich

Mehrere Brandbriefe des Städtetags, von Gewerkschaften, Verbänden und einzelnen Personen aus der Kita-praxis reichen immer noch nicht aus, um der Staatsregierung begreiflich zu machen, dass der Kindergartenalltag von Tag zu Tag kräftezehrender wird. Die versprochenen Entlastungen kommen seit Jahren nicht in der Praxis an. Was also noch tun, um den Personalnotstand in den Kitas und seine Folgen deutlich zu machen, und welche Probleme löst der Personalmangel in der Kita aus?

Ein Kindergartenalltag fängt meist morgens um sieben Uhr an und geht in der Regel bis 17 Uhr, variierend je nach Einrichtung und Landkreis. In diesen neun bis zehn Stunden Bildungs- und Betreuungsalltag finden zahlreiche Angebote statt, die die Kinder auf ihrem weiteren Lebensweg benötigen. Die Alltagsangebote gehen von Schuhe schnürren, Zähne putzen und Hände waschen über den ersten Zahlenraum entdecken bis hin zu Emotionen benennen und aushalten können und vieles mehr. Das alles gilt für Kinder von null Jahren bis hin zu ihrer Einschulung.

## Der Wahnsinn beginnt schon morgens

Probleme gibt es bereits zur Bringzeit: Man sitzt allein im Gruppenraum mit zehn Kindern, als zwei Eltern gleichzeitig mit ihren Kindern zur Tür hereinkommen. Eine Mutter möchte gerne noch etwas vom Wochenende berichten, das andere Kind weint auf dem Arm des Vaters. Eines der anderen Kinder versucht gerade auf einen Schrank zu klettern, zwei weitere streiten sich. Eine Situation, wie sie im Kindergartenalltag nur zu häufig vorkommt. Diese und ähnliche können negativen Stress auslösen mit Folgen für die psychische und die



Foto: IMAGO / Rainer Unkel

körperliche Gesundheit. Zu zweit oder dritt ist diese Situation besser zu bewältigen. Ein\*e Kolleg\*in passt auf die Kinder in der Gruppe auf, ein\*e andere\*r versucht das Kind auf dem Arm des Vaters zu beruhigen und der\*die dritte Kolleg\*in hört der Mutter zu. Ein Kitaalltag ist jeden Tag anders und daher auch sehr abwechslungsreich und vielseitig. Das ist das Wunderbare an diesem Beruf, aber auch das Energieraubende.

Dass die Arbeit viel Flexibilität erfordert, sollen weitere Praxisbeispiele zeigen. Kinder gehen zum Beispiel zum Essen ins Bistro, vorher steht noch das Händewaschen an, gleichzeitig nässt sich ein Kind ein und muss umgezogen werden. In einem solchen Alltag braucht man mehr als nur zwei Hände und Augen. Bei alledem gilt es, Aufsichtspflicht, Infektionsschutz und Kindeswohl zu beachten, mit allen rechtlichen Grauzo-

nen. Dürfen wir bei einem Kind den Nagel abschneiden, wenn er absteht, oder nicht? Darf das Kind die von der Mutter mitgegebene Nuss trotz Allergie essen oder nicht? Wie lange kann man die Gruppe allein lassen, wenn man selbst die Toilette aufsuchen muss und sonst niemand da ist? Welches Kind kann abgeholt werden, wenn es krank ist, und wie sieht es mit den Masernimpfungen bei dem Kind aus?

## Personal halten und neue Fachkräfte gewinnen

Umso erschreckender ist es, dass mehr und mehr Berufseinsteiger\*innen den Beruf wieder verlassen oder die Ausbildung abbrechen. Genauso dramatisch ist, dass jahrelang tätige Erzieher\*innen das Handtuch werfen und ein anderes Berufsfeld aufsuchen und damit aus dem Kindergartenalltag verschwinden. Zu hoch sind die Anforderungen an Seele und Geist, die Ansprüche von Eltern und Politik, die Vorgaben der Behörden und die Belastung durch die Bürokratie geworden. Gleichzeitig werden die Pädagog\*innen schlecht bezahlt und sind gesellschaftlich zu wenig angesehen.

Wir kommen in eine Abwärtsspirale, wenn wir es nicht schaffen, dass die Erzieher\*innen im Beruf bleiben und neue Kräfte dazugewonnen werden. Wenn die Erzieher\*innen vor Ort durch zu hohe Anstellungsschlüssel und Personalmangel nicht mehr dazu kommen zu beobachten, ihre Gruppenräume in Ordnung zu halten, den Informationsfluss zwischen Eltern, Kindern, Kolleg\*innen und Behörden aufrechtzuerhalten, wenn Ausflüge und Bildungsangebote ausfallen müssen, weil Begleitpersonen fehlen, wird der Kindergarten zu einer reinen Betreuungs- und Bewahranstalt. Dann erscheint jungen Menschen die jahrelange Ausbildung zur\*zum staatlich anerkannten Erzieher\*in nicht mehr lohnend. Viele junge Menschen, die nach ihrer dualen oder theoretischen Ausbildung mit Begeisterung in die Praxis einsteigen und dort ihr Wissen einbringen wollen, werden schnell ernüchtert. Zu weit klaffen die in der Ausbildung erworbene Theorie und die Praxis auseinander. Die Fachkraft-Kind-Relationen machen Bildungsangebote unmöglich.

## Aktuelle Lösungsansätze führen in die falsche Richtung

Die Qualifikation der Fachkräfte vor Ort herunterzuschrauben, wird auch die Qualität in den Einrichtungen verschlechtern. Den Erwerb von Deutschkenntnissen in Einrichtungen außen vor zu lassen und dafür eigene Einstiegsgruppen zu bilden, wird dem Inklusionsgedanken nicht gerecht. Darüber hinaus wird die Anzahl der Kinder in Mini-Kitas angehoben, statt zwölf können dort nun 15 Kinder betreut werden. Auch das modulare Weiterbildungskonzept ist aktuell nicht durchdacht. Es senkt die Qualität der Ausbildung erheblich ab. Zudem ist noch nicht geklärt, wer welches Qualifikationsniveau erreichen wird, und durch neue »Fachkraftbezeichnungen« wird das System noch undurchsichtiger. Dass ein schnell zu durchlaufendes Modul mit einer zweijährigen Kinderpflegeausbildung faktisch gleichgesetzt wird, indem die Bezahlung fast identisch ist, wertet den Berufsstand der Kinderpfleger\*innen ab und sorgt für Zündstoff unter den Beschäftigten. Leider wurden bei der Ausarbeitung des Konzeptes die Fachakademien für Sozialpädagogik nicht einbezogen und somit blieb viel Wissen und Kompetenz ungenutzt.

## Massive Abwanderung der Beschäftigten stoppen

Um die massive Abwanderung aus dem Berufsfeld zu stoppen, bedarf es einschneidender Schritte. Das Personal sollte aktuell für gute Anstellungsschlüssel und gute Bildungsarbeit gebündelt werden und nicht für die Absicherung des Rechtsanspruches der Eltern auf einen Kitaplatz.

- Der Rechtsanspruch der Eltern muss ausgesetzt oder rückgängig gemacht werden. Der Rechtsanspruch auf einen baldigen Ganztagesplatz wird die Lage nur noch weiter verschärfen, denn hier wandern Beschäftigte aus dem Kindergarten in den Ganztagsab.
- Das Gehalt des Berufsstandes muss der Leistung entsprechend angepasst werden: Staatlich anerkannte Erzieher\*innen müssen an das Gehalt der Grundschullehrer\*innen angeglichen und Kinderpfleger\*innen

dementsprechend höhergruppiert werden.

- Die Bürokratie muss abgebaut und Stellen wie Hygiene- und Sicherheitsbeauftragte, Brandschutzbeauftragte, Hautschutz- und Präventionsbeauftragte müssen auf andere Behörden übertragen werden.
- Es müssen fest verankerte Verfügungszeiten eingeführt werden, damit das pädagogische Personal Zeit für Vor- und Nachbereitungen erhält.
- Der Anstellungsschlüssel muss deutlich auf 1:7 bzw. 1:8 gesenkt werden, um Bildungsarbeit zu ermöglichen und gleichzeitig die Beschäftigten zu entlasten. Der Anstellungsschlüssel muss endlich die Fehlzeiten des Personals durch Urlaub, Krankheit, Fortbildung etc. berücksichtigen.
- Multiprofessionelle Teams, zusammengesetzt aus Reinigungskraft, Hauswirtschafter\*in, Bürofachkraft, Hausmeister\*in etc., können die pädagogischen Fachkräfte entlasten. Sie müssen gefördert werden und refinanzierbar sein.
- Die Ausbildungsvergütung für Kinderpfleger\*innen muss kommen, die für Erzieher\*innen muss steigen, beides jedoch nicht zulasten der Träger.

## Respekt allen Kolleginnen und Kollegen

Der Beruf der pädagogischen Fachkraft wird von Menschen ausgeübt, die jeden Tag an ihre Grenzen und darüber hinaus gehen. Sie verdienen größten Respekt und die größtmögliche Anerkennung – auch finanziell. Ohne ihr Engagement und das der anderen im sozialen Bereich Tätigen gäbe es gesellschaftliche Verwerfungen und Einbrüche.

Daher muss es das Ziel sein, diesen Arbeitsbereich zu schützen und aufzuwerten – und das sofort! Gewerkschaftsbeiträge der im sozialen Bereich Tätigen sind unausweichlich, damit die Arbeit eine größere Lobby bekommt und Gehör findet.

von Michael Schindler

Kindergartenleiter  
Sprecher der Fachgruppe  
Sozialpädagogische Berufe  
in Unterfranken



# Auch in der Fläche ist der Fachkräftemangel längst angekommen

**Die beiden Landkreise Weilheim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen liegen in einer Wachstumsregion, was zu einer erhöhten Nachfrage nach Kitaplätzen führt. Beherbergt z. B. das Kinderhaus einer Gemeinde ursprünglich 50 Kinder, müssen inzwischen 75 von ihnen in den gleichen Räumlichkeiten betreut werden. Nur aufgrund der Auslagerung von einzelnen Gruppen in Bewegungsräume und in die benachbarte Grundschule gelang es bisher, die Nachfrage an Betreuungsplätzen zu bewältigen.**

Einige Gemeinden in der Region bauen zwar neue Einrichtungen, doch das dauert und immer wieder kommt es zu unfreiwilligen Baustopps. So gab es schon zum Baustart eines Kindergartens mit sieben Gruppen im GEW-Kreisverband Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen einen Mangel an Rohren für die Grundleitungen. Außerdem fehlte es am Dämmmaterial für die Bodenplatte. Im gleichen Ort wird auch ein eine Million Euro teurer Krippenbau, der von Pleiten, Pech und Pannen überschattet ist, voraussichtlich erst mit einem Jahr Verspätung bezugsfertig sein. Auch andernorts, selbst in kleinen Dörfern, reichen die Kapazitäten der Kitas, Krippen, Horte und Mittagsbetreuungen nicht mehr aus. Absagen an die Eltern sind die Folge.

## Äußerst angespannte Personalsituation

Das Bittere daran ist, dass selbst bei vorhandenen Kapazitäten, diese nicht genutzt werden können, weil das Personal fehlt. Auf Stellenausschreibungen folgen kaum Bewerbungen. Unter den wenigen Bewerber\*innen verfügen wiederum nur wenige über die persönlichen und fachlichen Skills, die die pädagogische Arbeit in den Einrichtungen erfordert. Trotzdem sind viele Träger zur Einstellung gezwungen, um keine Kürzung der Förderung zu riskieren.

Die Personalnot ist umso gravierender, wenn man bedenkt, dass der Personalschlüssel, den das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) vorgibt, aus pädagogischen Gesichtspunkten viel zu knapp bemessen ist. Der im Gesetz empfohlene Personalschlüssel von einer Personalstunde auf zehn gebuchte Stunden bei den Kindern ist völlig unzureichend und müsste dringend geändert werden. In Studien werden für Kinderkrippen ein\*e Mitarbeiter\*in für drei Kinder, in Kindergärten ein\*e Mitarbeiter\*in für 7,5 Kinder empfohlen. Derzeit liegt der Personalschlüssel nah am Höchstwert: ein\*e Mitarbeiter\*in ist zumeist für elf Kinder zuständig.

Da demnach seit Einführung des BayKiBiG im Jahr 2005 die Kolleg\*innen ständig überfordert sind, steigt die Zahl der Erkrankungen stetig an; andere kehren der sozialen Arbeit in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung gleich den Rücken. Das verbliebene Personal betreut dann die Gruppen auch auf lange Sicht hin allein, denn durch die Änderung der Fehlzeitenregelung sind Träger lange Zeit nicht gezwungen, die Situation zu entschärfen. Viel zu spät droht ihnen die Kürzung der Förderung.

## Fatale Qualitätsabsenkung bei der Ausbildung

Die aktuelle Kinderpflegeausbildung ist nach Meinung vieler Beschäftigter, die noch eine fundierte pädagogische Ausbildung durchliefen, zu kurz. An den notwendigen pädagogischen und fachlichen Standards sollten keine Abstriche gemacht werden, auch weil die Anforderungen in den Einrichtungen in den letzten Jahren weiter gestiegen sind.

Unsere Kritik richtet sich auch gegen die Verkürzung der Erzieher\*innenausbildung, die die Einrichtungen und die Praktikant\*innen überfordert,

da der ständige Wechsel zwischen Praxisstelle und Schule diese in den Einrichtungen nicht wirklich ankommen lässt.

## Die Zukunft verheißt nichts Gutes

Nach dem überhasteten Krippenausbau vor einigen Jahren folgt ab 2026 der Anspruch auf Ganztagsbetreuung, trotz des aktuellen Personalmangels. Gleichzeitig fehlen Bestrebungen, den Beruf aufzuwerten – im Gegenteil: Die pädagogische Arbeit in der frühkindlichen Bildung wird auch durch die Verkürzung der Ausbildungen entwertet. Dabei steigen die Anforderungen, die die Beschäftigten in den Kitas erfüllen müssen, permanent. So sollen die Kinder vor dem Eintritt in die Grundschule hauswirtschaftlich, lebenspraktisch, kognitiv, sozial, emotional, motorisch etc. gefördert werden. Inklusion soll umgesetzt werden, ohne dass von staatlicher Seite die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Fortbildungen, Konzeptarbeit – die Bandbreite der Anforderungen an das Personal wird immer größer.

Wer soll das denn alles leisten? Sollten die politisch Verantwortlichen im Sozialministerium auf Qualität in den Kitas, Krippen und Horten setzen, müssen sie sich auch für einen höheren Fachkräfteschlüssel in den Einrichtungen, für eine verbesserte Ausbildung für Erzieher\*innen und Kinderpfleger\*innen und für gleiches Gehalt bei gleichen Aufgaben einsetzen. Die Förderung privater Träger muss an eine Bezahlung nach Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst Bund und Kommunen (TVÖD) gekoppelt werden.

**von Hermine Sagmeister  
und  
Irmgard Schreiber-Buhl**

GEW-Kreisverband  
Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen



# Nachhaltiger Hort, nachhaltige Schule



Foto: IMAGO / Marc Schülerl

**Die Klimakrise ist eine globale Krise, von der Kinder ebenso wie Erwachsene betroffen sind und die sich auf ihrer beider Leben gravierend auswirken wird. Die Verantwortung für die Gefährdungen durch den Klimawandel tragen jedoch ausschließlich die Erwachsenen. Kindern hilft es, wenn sie Möglichkeiten aufgezeigt bekommen, wie sie sich selbst für ihre Umwelt einsetzen können.**

Im Kita- und Grundschulalter bieten sich hierfür vor allem ressourcensparende und nachhaltige Projekte an, wie z. B. das Konzept »Bildung für eine nachhaltige Entwicklung«. Diesem folgend können Bildungseinrichtungen für mehr Ressourcenschutz und Nachhaltigkeit eintreten. Kinder werden so befähigt, zukunftsfähig zu denken und zu handeln.

In unserem Hort beschäftigen wir uns jetzt seit drei Jahren ausführlich mit dem Thema Nachhaltigkeit. Wir legten zwei Kräuterspiralen und aktuell auch Hochbeete an. So erfahren Kinder etwas über Saisonalität, Wachstum und die Pflege von Lebensmitteln. Sie übernehmen Verantwortung und sind stolz, wenn die Kräuter in der Hortküche verwendet werden.

Wir trennen mittlerweile unseren Müll gemeinsam mit den Kindern. Lei-

der fällt z. B. durch unsere Essenslieferungen einiges an Plastikmüll und Glas an. Beides wird nicht mehr im Restmüll entsorgt, sondern in einem öffentlichen Abfallcontainer. Getrennt wird der Müll bereits im Hort. Dafür führten wir farblich einheitliche Abfalleimer für Papier, Plastik und Biomüll ein. Letzterer kommt allerdings auf unseren Kompost im Garten.

Die Kinder säubern auch gerne die Umgebung des Hortes von Müll. So wird ihr Umweltbewusstsein auch über den eigenen Bereich hinaus geschärft und etwas für das Gemeinwohl getan. Beim Bepflanzen des Außengeländes achten wir darauf, bienenfreundliche Pflanzen zu wählen, auch Schmetterlinge sind dann gerne zu Gast. Ebenso können Insektenhotels und -tränken aufgestellt werden. Kinder erfahren so ihre Selbstwirksamkeit und freuen sich gleichzeitig darüber, Insekten und Kleinlebewesen eine Heimat zu geben. Weitere hilfreiche Anregungen finden Pädagog\*innen beim Projekt »fifty/fifty«.

## Ein Projekt für die Schule: »fifty/fifty«

Das Projekt »fifty/fifty« motiviert Schüler\*innen, Energie im Schulalltag einzusparen. Die Teilnahme zahlt sich

für die beteiligten Schulen auch aus. Der Schulträger zahlt am Ende eines jeden Schuljahres die Hälfte der eingesparten Energiekosten direkt an die beteiligten Schulen aus. »fifty/fifty« ist ein bundesweites Projekt (fifty-fifty.eu).

Das Pädagogische Institut der Stadt München verfolgt für Münchner Schulen und Kitas das Ressourcensparprogramm »Fifty-Fifty-Aktiv«. Gute Aktivitäten, um im Kita- oder Schulalltag Ressourcen einzusparen, fallen nicht immer leicht. »Sie müssen das Rad nicht neu erfinden, es gibt viele gute Ideen, die bereits erprobt wurden«, heißt es dazu auf der Projekthomepage. Eine laufend aktualisierte Sammlung guter Praxisbeispiele, sortiert nach Einrichtungsart, gibt es hier: [padlet.com/fiftyfiftyaktiv/1tndgiov9tu42dxe](https://padlet.com/fiftyfiftyaktiv/1tndgiov9tu42dxe)

Für eigene Erfahrungen gibt es folgende E-Mail-Adresse: [fifty-fifty-aktiv@greencity.de](mailto:fifty-fifty-aktiv@greencity.de)

**von Petra Nalenz**

Erzieherin  
Mitglied der DDS-Redaktion



# Zeugnisverweigerungsrecht: »Das ist von allergrößter Bedeutung«



Foto: IMAGO / Westend61

**Ein großes Problembewusstsein und einen dringenden Handlungsbedarf offenbart eine Umfrage der GEW Bayern zum Thema Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialpädagog\*innen. Die Umfrage lief bis März dieses Jahres. Auf die Frage »Was bedeutet ein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialpädagog\*innen für Dich?« konnten die Befragten im Freitext antworten. Alle Zitate in diesem Artikel sind daraus entnommen.**

Ein Zeugnisverweigerungsrecht würde es Sozialpädagog\*innen erlauben, vor Gericht die Aussage zu verweigern, wenn sie zu ihren Klient\*innen befragt werden. Es wäre wichtig, Sozialpädagog\*innen denselben Status wie Psychotherapeut\*innen, Ärzt\*innen oder Pfarrer\*innen zukommen zu lassen. »Ohne Zeugnisverweigerungsrecht ist es eigentlich unmöglich, vertrauensvolle Arbeit auf Augenhöhe zu machen«, heißt es in einer Antwort der Umfrage.

## Eingeschränktes Vertrauensverhältnis

Der Aufbau einer vertrauensvollen Arbeitsbeziehung zu den Klient\*innen

ist für eine gelingende sozialpädagogische Praxis von zentraler Bedeutung. Gerade auch heikle Themen sollten dabei ungehemmt zu Sprache kommen können, damit die Chance besteht, insbesondere an den Schwierigkeiten und Herausforderungen zu arbeiten.

Sozialpädagog\*innen finden sich hier aber in einer schwierigen Lage wieder. Weil sie kein Zeugnisverweigerungsrecht haben, müssen sie gegen ihre eigenen Klient\*innen aussagen, wenn sie vor Gericht geladen werden. »Auch in der Arbeit von Sozialpädagog\*innen soll ein vertrauensvolles Setting geschaffen werden, indem sich Klient\*innen, ohne Angst vor Konsequenzen von außen, öffnen können«, fordert deshalb eine der Teilnehmer\*innen an der Umfrage.

Besonders relevant wird das Zeugnisverweigerungsrecht in Bereichen wie der Bewährungshilfe, der Distanzierungsarbeit von extrem rechten Einstellungen oder der Arbeit mit Fußballfans. Gerade dort, wo eine kritische Auseinandersetzung besonders wichtig wäre, sehen sich die Kolleg\*innen genötigt, rechtzeitig wegzusehen oder -zuhören, um nichts Belastendes mitzubekommen. »Ich frage meine Klienten auch bewusst nicht nach den Straftaten, damit ich nicht zu viel

weiß. Es ist eine absolute Gratwanderung ohne Zeugnisverweigerungsrecht.«

Dabei wäre es ausgesprochen wichtig, solche Regel- und Gesetzesüberschreitungen mit den Klient\*innen bedenkenlos thematisieren zu können, um sie effektiv zu bearbeiten.

»Mein Arbeitsauftrag ist die parteiische Interessenvertretung für die von mir betreuten Menschen. Berufsbetreuer erfahren öfters von sensiblen Vorgängen, besitzen aber kein Zeugnisverweigerungsrecht. Das ist ein großes Problem« oder »Ich versuche dann, die Richter\*innen zu überzeugen, dass ich der Ladung nicht folgen muss, was nicht immer gelingt«, so beschreiben zwei weitere Teilnehmer\*innen ihre Schwierigkeiten im Berufsalltag.

Hätten auch Sozialpädagog\*innen ein Zeugnisverweigerungsrecht, wäre ein Wegschauen nicht mehr notwendig. Es gäbe bessere Beratungsmöglichkeiten, da lange aufgebaute Vertrauensbeziehungen die Grundlage der Arbeit mit Menschen sind. Die damit verbundene Chance hebt eine Teilnehmende so hervor: »Es gibt mir die Möglichkeit, mich im Austausch mit meinen Klient\*innen vorwiegend durch meine professionelle Haltung leiten zu lassen und mich nicht

durch Angst vor einer Aussage im Strafverfahren beeinflussen zu lassen.«

## Der Professionalität gerecht werden

Die Aufnahme von Sozialpädagog\*innen in die Berufsgruppe mit Zeugnisverweigerungsrecht wäre die juristische Anerkennung der Profession und die daran anschließende Anerkennung der vertraulichen Beziehung zwischen Sozialpädagog\*innen und Nutzer\*innen eines Angebots als Arbeitsgrundlage. »Außerdem bedeutet ein Zeugnisverweigerungsrecht eine dringend notwendige, weitere Aufwertung der akademischen sozialen Berufe auf die Ebene universitärer Professionen wie Juristen, Ärzte, Psychologen, Pfarrer etc.«, betont eine Teilnehmende an der Umfrage abschließend.

## Auftrag an die Kolleg\*innen in der GEW

Man darf davon ausgehen, dass sich vermehrt jene Kolleg\*innen an der Umfrage beteiligt haben, die für das Thema bereits eine gewisse Sensibilität entwickelt haben. Und dennoch zeigen die Antworten und Kommentare, dass bei vielen noch Unklarheit, Unsicherheit und Verwirrung besteht. Umso dringender ist der Auftrag an alle Kolleg\*innen in der GEW, sich mit dem Zeugnisverweigerungsrecht auseinanderzusetzen, bevor sie das erste Mal in den Zeugenstand gerufen werden. Gemeinsam gilt es auf die Parteien und Bundestagsabgeordneten einzuwirken, damit eine entsprechende Änderung der Strafprozessordnung auf den Weg gebracht wird.

## Details zur Umfrage

Von Dezember 2021 bis März 2022 führten wir eine Kurzumfrage zum Thema »Wissen zum Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit« durch, die auf der Homepage der GEW Bayern veröffentlicht wurde. Beworben und weitergeleitet wurde sie auch an das bundesweite Aktionsbündnis für ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit und an etliche andere Institutionen.

338 Teilnehmer\*innen beteiligten sich daran. Wir gehen davon aus, dass vor allem Fachpersonal aus dem sozialen Bereich die Fragen beantwortete.

## Die Ergebnisse in Zahlen

**Frage 1: Wie viele deiner Kolleg\*innen wissen, was ein Zeugnisverweigerungsrecht ist?**

339 Teilnehmer\*innen haben die Frage beantwortet.

Antwort	Häufigkeit	Häufigkeit in Prozent
10 %	60	17,40 %
30 %	63	18,27 %
50 %	57	16,53 %
70 %	71	20,59 %
90 %	88	25,52 %
	<b>339 Antworten</b>	

**Frage 2: Welche Berufsgruppe hat bereits ein Zeugnisverweigerungsrecht?**

331 Teilnehmer\*innen haben die Frage beantwortet – Mehrfachantworten waren möglich.

Antwort	Häufigkeit	Häufigkeit in Prozent
Erzieher*innen	26	7,80 %
Sozialpädagog*innen	42	12,60 %
Psychotherapeut*innen	308	92,40 %
Suchtberater*innen in einer Beratungsstelle	231	69,30 %

**Frage 3: Für welche gerichtlichen Verfahren ist das Zeugnisverweigerungsrecht relevant?**

336 Teilnehmer\*innen haben die Frage beantwortet – Mehrfachantworten waren möglich.

Antwort	Häufigkeit	Häufigkeit in Prozent
Strafverfahren	327	98,10 %
Haftungsverfahren bei Falschberatung	67	20,10 %



**von Sabine Prell**

Sozialpädagogin in der Schuldnerberatung

und

**Malte Pannemann**

Erziehungswissenschaftler in der ambulanten Jugendhilfe



### Mitmachen beim AK Zeugnisverweigerungsrecht der GEW Bayern

Interessierte Mitstreiter\*innen und Unterstützer\*innen melden sich bitte bei:

Mario Schwandt, Organisationssekretär im sozialpädagogischen Büro der GEW Bayern in Nürnberg: [mario.schwandt@gew-bayern.de](mailto:mario.schwandt@gew-bayern.de) oder

Sabine Prell, Mitglied des Kreisverbandes Hof: [Sabine-Prell@gmx.de](mailto:Sabine-Prell@gmx.de)

**Wir freuen uns auf Dich und Dein Engagement!**

## Tarifrunde Bund/Kommunen 2023

# GEW fordert deutliche Erhöhung der Tabellenentgelte im TVöD

Am 30. September 2022 erreichte die Inflation ein Rekordniveau von 10 Prozent. Wirtschaftsforschungsinstitute gehen übereinstimmend davon aus, dass diese weiter steigen wird, wenn keine preisdämpfenden Maßnahmen erfolgen. Für Beschäftigte in unteren Einkommensgruppen wirken sich die Preissteigerungen gravierender als für Beschäftigte in höheren aus. Ihre Löhne büßen massiv an Kaufkraft ein. Zugleich ist das Bruttoinlandsprodukt höher als im Vorjahr und das Steueraufkommen im 1. Halbjahr 2022 um 16 bis 18 Prozent gestiegen. Inflationsbedingt ist auch hier, vor allem bei der Umsatzsteuer, mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Eigentlich wäre demnach eine Tarifierhöhung im deutlich zweistelligen Prozentbereich notwendig, so die einhellige Meinung der Mitglieder der

GEW-Tarifkommission Bund/Kommunen (TK-BK), doch führen hohe Lohnforderungen nicht automatisch zu hohen Tarifabschlüssen. Deren Durchsetzung hängt vielmehr von der Kampfkraft der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften ab. Und auch 2023 ist mit einer sehr harten Tarifrunde zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund ging es den Mitgliedern der TK-BK um ökonomisch notwendige Forderungen, die durchsetzbar erscheinen und die Mitglieder und Beschäftigten mobilisieren. Dass es eine deutliche Steigerung der Entgelte, besonders bei den unteren Entgeltgruppen, geben muss, bestätigte auch das Ergebnis einer zuvor von der GEW Bayern durchgeführten Umfrage unter betroffenen Mitgliedern. Aufgrund der aktuellen Inflationsentwicklung soll die Laufzeit des Tarifabschlusses bei maximal einem

Jahr liegen. Anderenfalls sei ein Sonderkündigungsrecht zu vereinbaren.

Nullmonate, wie 2021 bei den Ländern, lehnen wir ab, ebenso wie die von der Bundesregierung vorgeschlagenen steuerfreien Einmalzahlungen von bis zu 3.000 Euro pro Jahr als Ersatz für eine Anhebung der Entgelte. Derartige Zahlungen sind nicht tabellenwirksam und wirken sich nicht auf die spätere Rente aus. Vielmehr fordert die GEW die Bundesregierung dazu auf, den steigenden Preisen mit entsprechenden Maßnahmen entgegenzuwirken und die Bevölkerung zu entlasten.

### von Anton Salzbrunn

Mitglied im Landesvorstand  
und Tarifkommission Bund/  
Kommunen



### Tarifforderungen der GEW:

1. Lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent
2. Laufzeit der Entgelttabellen: maximal 1 Jahr
3. Keine Nullmonate
4. Mindestbetrag von 500 Euro.
5. (Steuerfreie) Sonderzahlungen dürfen nicht mit dem Tarifergebnis verrechnet werden

### Weitere Erwartungen der GEW:

1. Fortführung des Tarifvertrags zur flexiblen Altersteilzeit und Abschaffung der Quotenregelung
2. Anerkennung der Berufserfahrung und förderfähiger Zeiten gemäß § 16 TVöD und damit eine Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes
3. Übertragung des Tarifergebnisses zeit- und wirkungsgleich auf die Beamt\*innen des Bundes
4. Mitgliedervorteilsregelung (Vorteile aus dem TVöD nur für Gewerkschaftsmitglieder)

Weitere Infos: [gew.de/aktuelles/detailseite/wir-brauchen-spuebare-gehaltserhoehungen](https://gew.de/aktuelles/detailseite/wir-brauchen-spuebare-gehaltserhoehungen)

### Nicht vergessen!

Der LIB (= Landesausschuss für interkulturelle Bildung) lädt in Kooperation mit GEW-Mitgliedern aus der internationalen Arbeit alle Interessierten ein:

**Online-Austauschrunde am 17.11.2022**, um 18.30 Uhr  
Das Motto lautet:

**»GEW und Yekitiya mamostêyen (aus Nord- und Ostsyrien) – zwei Bildungsgewerkschaften auf dem Weg zur Kooperation«**

Näheres über Mail an [margot.simoneit@gew.bayern](mailto:margot.simoneit@gew.bayern) oder unter Veranstaltungen auf der GEW-Bayern-Homepage

GEW-Hauptvorstand und Bundesausschuss Migration, Diversity, Antidiskriminierung (BAMA) laden ein zur Online-Tagung

### »Bildung in der Migrationsgesellschaft – Weiter denken und gestalten!«

**am 9./10. Dezember 2022**

Bei der Aktiven- und Vernetzungstagung gibt es neben Fachbeiträgen die Gelegenheit, sich über aktuelle Herausforderungen, GEW-Positionen und Kooperationen im Themenfeld »Bildung in der Migrationsgesellschaft« auszutauschen. In Workshops werden Aspekte zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen, zum Umgang mit migrationsbedingter Mehrsprachigkeit und (rassistischen) Diskriminierungen sowie zur Anerkennung im Ausland ausgebildeter Kolleg\*innen vertieft.

Ziel ist, Handlungsperspektiven für mehr Chancengleichheit von Menschen mit Flucht- bzw. Migrationsgeschichte im Bildungssystem zu erörtern sowie entsprechende GEW-Aktivitäten vor Ort und bundesweit zu stärken.

Weitere Infos: [gew.de/VS-Bildung-Migration](https://gew.de/VS-Bildung-Migration)



# Der wirtschaftliche Rahmen für unsere Tarifforderungen

Im Jahr 2021 war das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent auf die gigantische Summe von 3.601,75 Mrd. Euro gestiegen. Für das laufende Jahr korrigieren die verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognose fast ununterbrochen; lagen die Voraussagen anfangs noch bei etwa 3 Prozent, sind diese zuletzt auf um die 1 Prozent gesenkt worden. Für das Jahr 2023 sieht es ähnlich aus: Aus ursprünglich angenommenen fast 3 Prozent ist mittlerweile eine deutlich niedrigere Zahl geworden. Klar ist nur, dass es auch 2023 ein Wirtschaftswachstum geben wird; d. h. die Leistung der Beschäftigten wird sich erhöhen und gleichzeitig wird auch der Ressourcenverbrauch zunehmen.

In der großen Krise von 2008/2009 war die Bruttolohnsumme, die 1993 noch bei fast 72,9 Prozent lag, auf historisch niedrige 64,5 Prozent des Volkseinkommens gefallen. Da der Anteil an dem von den abhängig Beschäftigten herge-

stellten Reichtum seither nicht mehr deutlich gestiegen ist, setzen sich auch alle Probleme unserer Volkswirtschaft fort: Wir haben seit Jahren einen laut Stabilitätsgesetz rechtswidrigen enormen Exportüberschuss, weil sich aufgrund der Überproduktion im Inland die produzierten Güter und Dienstleistungen hier nicht mehr adäquat verkaufen lassen. Daher werden diese exportiert, mit der Folge, dass wir diejenigen Länder, die unseren Exportüberschuss aufnehmen, in die Schuldenfalle treiben, da die deutschen Importe nicht im gleichen Maße ansteigen. Die Wirtschaft dieser Länder wird also weiter geschwächt bei hoher oder sogar steigender Arbeitslosigkeit. Das in unsere Volkswirtschaft fließende überschüssige Geld findet hierzulande keine Anlagemöglichkeit und führt zu Spekulation, u. a. im Finanzsektor, und damit zu einer Umverteilung »von unten nach oben«.

Auch aus diesen Gründen ist es mehr als notwendig, die Belastung der

Beschäftigten zu senken und ihr Einkommen deutlich zu erhöhen. Hinzu kommt die stark gestiegene Inflationsrate (Ende September 2022 bei über 10 Prozent). Dass Arbeitgeberpräsident Dulger all dies anders sieht und uns trotz sehr stark gesteigener Unternehmensgewinne Lohnzurückhaltung predigt, ist nichts Neues, in der aktuellen Situation aber geradezu unverfroren.

Die weiteren Probleme, der andauernde Krieg in der Ukraine und der dramatisch fortschreitende Klimawandel, sind weitere Faktoren, die unsere wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen werden, sodass derzeit maximal vorsichtige Prognosen abgegeben werden können.



von  
Dr. Friedrich Sendelbeck

aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW

## Dr. Fred Schell, ein Pionier der Digitalisierung in der Bildung, nimmt seinen Hut – und wir sagen Danke

Am präsentesten ist mir der wunderbare Vortrag »Welche Bildung erfordert die digitale Transformation?« von Fred bei unserem Fachtag »Bildung in der digitalen Welt« im Jahr 2021. Den Veranstalter\*innen war sofort klar, dass Fred Schell beim Fachtag eine zentrale Rolle spielen musste. Er ist sowohl ein Urgestein der Gewerkschaftsarbeit in der GEW Bayern als auch ein Kollege mit einem außergewöhnlichen Werdegang, der sich schon sehr früh intensiv mit dem Thema Digitalisierung in der Bildung befasste. Nach seinem Studium der Erziehungswissenschaften arbeitete er vier Jahre als Hauptschullehrer. Im Jahr 1981 wechselte er an das JFF-Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis und absolvierte nebenbei ein Promotionsstudium in Pädagogik, Psychologie und Politik. Von 1994 an war er 15 Jahre lang geschäftsführender Direktor des Instituts. Seine Schwerpunkte lagen unter anderem in der Entwicklung von Methoden der Medienarbeit und von Modellen zur Förderung der Medienkompetenz. Besonders am Herzen lag ihm die Fortbildung pädagogischer Fachkräfte. Zu Themen der Medienpädagogik lassen sich zahlreiche Veröffentlichungen von ihm finden.



Fred Schell ist seit über 50 Jahren aktiver Gewerkschafter, zunächst in der Bildungsarbeit der ÖTV, bevor er 1978 in die GEW eintrat. Über 25 Jahre war er Mitglied im Vorstand der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung. Diese vertrat er auch bis zum September dieses Jahres im Landesausschuss der GEW Bayern. Zudem war er bis zum Jahr 2009 ihr Vertreter im Bundesfachgruppenausschuss. Seine Expertise zum Thema Digitalisierung brachte er auch in die Arbeitsgruppe des Hauptvorstandes »Bildung in der digitalen Welt« ein und war wesentlich an der Formulierung der entsprechenden Anträge an den Hauptvorstand und den Gewerkschaftstag beteiligt.

Es gibt also ganz viele Gründe, Dr. Fred Schell Danke zu sagen. Dies taten wir bei seinem letzten Landesausschuss am 24. September in Nürnberg (Foto). Als Landesvorsitzende der GEW übergab ich als Dank und Wertschätzung für seine jahrzehntelange ehrenamtliche Arbeit innerhalb der GEW ein Präsent und wünschte ihm für den nun wirklichen Ruhe-

stand alles Gute und vor allem viel Gesundheit.

von **Martina Borgendale**  
Vorsitzende der GEW Bayern

## Leser\*innenbriefe ... Leser\*innenbriefe ... Leser\*innenbriefe ...



Leser\*innenbriefe zu »Die Waffen nieder!« und zum Leserbrief, DDS September 2022, S. 13 f.

### Zerreißprobe für die GEW?

Der Artikel und der Leser\*innenbrief in der DDS 9/22 repräsentieren sehr gut das Spektrum an Meinungen zum Krieg gegen die Ukraine in der GEW (und auch in anderen Gewerkschaften). Einerseits die Altlin-

ken, die einen Krieg des Westens gegen Russland im Hintergrund konstruieren. Andererseits die Bellizist\*innen, die mehr und mehr Waffenlieferungen an die Ukraine befürworten.

Ich sehe mich dazwischen. Prinzipiell sehe ich Krieg als die schlechteste aller Optionen. Ich bin aber mit drei Brüdern aufgewachsen und manchmal musste ich mich mit Schlägen gegen die »Tracken« verteidigen. Die Ukraine verteidigt sich gerade gegen einen viel stärkeren Aggressor (hatte man zumindest gedacht). Natürlich ist Korruption in der Ukraine nach wie vor ein riesiges Problem (auch in Regensburg standen schließlich bis vor ein paar Jahren minderjährige Ukrainerinnen auf dem Straßenstrich). Natürlich ist das Machotum, das etliche Politiker an den Tag legen, inklusive Schultern durchdrücken und böse drein schauen, kontraproduktiv, der ganze Militarismus und Nationalismus sowieso.

ABER: Im Dezember, Januar, Februar wurde ja versucht mit Putin zu verhandeln. Das Ergebnis war der russische Einmarsch in die Ukraine. Russland hat immer die bedingungslose Kapitulation der

Der Artikel »Die Waffen nieder!« ist ganz hervorragend. Der berechnete Hinweis auf zahlreiche, meist mit den USA involviert, völkerrechtswidrige Kriege, wird nicht gern gehört. Das ffnen von Nordstream 2 wäre doch gerade ein kostenloser, zielführender Test, ob Russland weiter Gas liefern will oder nicht. Aber daran sind natürlich die USA als großer Gewinner in diesem Konflikt nicht interessiert. Dreckiges Fracking-Gas aus den USA oder Gas von arabischen Despoten als Alternative! Wie weit sind die Entscheider\*innen hier moralisch verkommen! Karl Kraus: »Vom rein wissenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet ist jeder intelligente Mensch anormal.« Das trifft zu und bewirkt, dass die Dummheit an der Macht ist, leider nicht die »Wagenknechte«!

Ich bitte den Dank an die Autor\*innen Freihoffer und Frankl weiterzuleiten!

In geradezu erschreckendem Kontrast der Leserbrief von Kollege

In der Zeitschrift der GEW Bayern ein Plädoyer für Aufrüstung und Waffenlieferungen zu finden, das hab' ich nicht erwartet. Der Leserbrief von Alfons Kitzinger gegen die Resolution des GEW-Landesvorstands brachte diese traurige Überraschung. Nur gut, dass direkt vor dem Text des Kollegen Kitzinger die wohlüberlegte Stellungnahme

Ukraine gefordert. Es wäre schön, wenn die deutschen Linken in der Lage wären, auf Putin einzuwirken, dass er von dieser Forderung abrücken muss (Xi Jinping schafft das vielleicht). Mit der aktuellen Gegenoffensive bringt sich die Ukraine aus meiner Sicht erst in eine Verhandlungsposition. Verhandeln bedeutet schließlich Aushandeln und nicht »Diktatfrieden«.

Unabhängig davon, dass die GEW Bayern keinen Einfluss auf das Weltgeschehen hat: Was bedeutet die Kontroverse um den Krieg gegen die Ukraine für die Zukunft der Gewerkschaft?

Meiner Einschätzung nach besteht die Gefahr, dass wir uns in dieser Frage zerfleischen. Beide Lager sind nicht bereit, ihre Positionen zu verhandeln. Als Lösung sehe ich nur einen »Waffenstillstand« – und das bedeutet: keine langwierigen Debatten über diesen Krieg und darüber, wer ihn verschuldet hat. Die GEW Bayern sollte stattdessen zu ihrem Kernbereich, der Tarifpolitik, zurückkehren. Und: Ja, ich weiß, dass in Kriegszeiten die Lohnabhängigen noch mehr ausgebeutet werden. Dass die Inflation angeheizt wird usw. Gerade deswegen müssen wir unsere Energien konzentrieren und die (eh schon geringen) Kräfte bündeln, um in den anstehenden Tarifverhandlungen akzeptable Abschlüsse zu erreichen. Eine zerrissene GEW Bayern nützt ihren Mitgliedern wenig.

von Anna Forstner  
Regensburg

Kitzinger! Er muss sich die Frage gefallen lassen, was er als Lösung vorschlagt: Bomben und tten, bis der letzte Russe vernichtet ist? Durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands wird die Ukraine, das korrupteste Land Europas, nicht über Nacht zum Hort der Demokratie. Selenskyj regiert seit Monaten mit Kriegsrecht als Alleinherrscher, demokratische Instanzen sind außer Kraft gesetzt. Die Tatsache, dass er nur mit massiver Unterstützung korrupter Oligarchen, die sich inzwischen ins Ausland abgesetzt haben, an die Macht kam, wird nicht mehr erwähnt. Seine Verweigerung von Friedensverhandlungen, solange sich Russland nicht aus der Krim zurückgezogen hat, zeigt seine Selbstüberschätzung. Dass Russland die Krim aufgibt, ist utopisch. Und wer das sagt, ist kein Putin-Troll, sondern Realist.

von Lothar Hauck  
Heroldsberg

von Kollegin Freihoffer und vom Kollegen Frankl für die AG Perspektiven der GEW Bayern mit dem Titel »Die Waffen nieder!« den friedenspolitischen Gegenpol bietet.

von Ernst Wilhelm  
Bamberg

### In eigener Sache:

Liebe Leserinnen und Leser, mit den hier abgedruckten Leser\*innenbriefen möchten wir die Diskussion um das Thema Krieg in der Ukraine in der DDS vorläufig abschließen, da unser Platz leider begrenzt ist. Wir glauben aber auch, dass unterschiedliche Standpunkte deutlich geworden sind. Sollten sich daraus Veranstaltungen oder ähnliches entwickeln, bei denen weiter diskutiert wird, berichten wir natürlich gerne darüber.

Eure DDS-Redaktion

Anzeige





**Von hier an geht es aufwärts!**

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Kche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen / Beihilfe

**Info-Tel.: 07221 / 39 39 30**

Gunzenbachstr. 8  
76530 **Baden-Baden**

**www.leisberg-klinik.de**

## Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

**Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (\*) ersetzt.**

**Altötting** Treffen nach Vereinbarung. \*

Kontakt: Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

**Ansbach** Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen,

Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de

Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

**Aschaffenburg/Miltenberg** \* Kontakt: Monika Hartl, ☎ 06021 4433609

Mobil: 01520 8886351, Monika.hartl@gew.bayern

**Augsburg** Termine/Infos: gew-augsburg.de,

Treffen jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr, im Augsburger

GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2

Kontakt: Katrin Fischer, vertretung@gew-augsburg.de

**Bad Tölz/Wolfratshausen**

Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr

Kontakt: Gisa Pfner-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

**Bamberg** Aktuelles: www.bamberg.gew-oberfranken.de

Kontakt: ☎ 0951 67888, ba@gew-oberfranken.de

**Bayreuth/Kulmbach** Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer

Ferien), 19.00 Uhr, Gaststätte »Plektrum«, Bayreuth, Moritzhöfen 29

Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

**Coburg** Nächstes Treffen wird per Mail angekündigt

Kontakt: Jürgen Behling, kv-cokclif@gew.bayern

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr,

Posthotel Traube Donauwörth

Kontakt: Gudula Zerluth, ☎ 09090 3986, zerluth@web.de

**Erding** Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien)

19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim

Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

**Erlangen** jeden Montag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur

telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat,

18.00 - 19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,

Kontakt: ☎ 09131 2065462, info@gew-erlangen.de,

www.gew-erlangen.de

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr

Vogelgässler, Vogelstr. 16

Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

**Freising** \* Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

**Fürstenfeldbruck/Dachau** \* Kontakt: Margot Simoneit

☎ 08141 539154, margot.simoneit@gew.bayern

**Fürth** Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2, 90762 Fürth

nach Vereinbarung

Kontakt: ☎ 0911 6589010, mittelfranken@gew.bayern

**Hof-Wunsiedel** Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat,

abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de

Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

**Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Donau**

Kontakt: Andrea.Oberhofer@gew.bayern

**Kempten/Oberallgäu**

Kontakt: schwaben@gew.bayern

**Landshut/Westliches Niederbayern** \* Offenes Treffen jeden 2. Donnerstag

im Monat, 18.30-20.00 Uhr, Café International, Am Orbankei 4, Landshut

Kontakt: Markus Weinberger, landshut@gew.bayern

**Lindau** \* Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183• gew-gerold@web.de

**Main-Spessart** \* Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768

oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

**Memmingen/Unterallgäu** \* Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756,

gew-unterallgaeu@gmx.de

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** \*

Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

**München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen**

Termine: gew-muenchen.de

Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew-bayern.de

**München Fachgruppe Gymnasien** \* Kontakt: Michael Hatala,

☎ 0176 39579577, michael.hatala@gew-muenchen.de

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung**

Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschuleforschung/huf/

Kontakt: huf@gew-muenchen.de

**München Fachgruppe Realschulen** \* Kontakt: Michael Hemberger,

hembergermichi@gmail.com

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**

Termine: www.gew-muenchen.de

Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654, WolframWitte@gmx.net

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**

Treffen nachfragen \* sozpaed@gew-muenchen.de

Programm: www.gew-muenchen.de

**München Lehramtskampagne an der Universität**

und GEW-Studierende, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

**München AK Personalräte und Vertrauensleute**

monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, \*

Kontakt: Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

**München AK Union Busting** \*

Kontakt: ak-ub@gew-muenchen.de

**München GEW-Seniorinnen und Senioren**

Jour-fixe-Termine nachfragen \*

Kontakt: Irene Breuning, ☎ 089 7853746

**Neumarkt/Oberpfalz**

Treffen nachfragen\*

Kontakt: sigrid-schindler@web.de

**Neu-Ulm/Günzburg**

Treffen: monatlich, \* Gasthaus Lepple, Vöhringen oder

Zur Goldenen Traube, Witzighausen

Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 07307 23396,

ulrich.embacher@gmail.com

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** \*

Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

**Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**

Monatliche Treffen.

Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken**

Treffen nachfragen\*

Kontakt: K. Hübner: khoebner@posteo.de und

F. Kohl: florian.kohl@gew.bayern

**Nürnberg/Fürth** offener Stammtisch für alle Fachgruppen \*

Kontakt: gew-mittelfranken@nefkom.net, ☎ 0911 6589010

**Nürnberg Büro für Lebenserfahrung**

Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de

Kontakt: Wolfgang Streidl, ☎ 0171 9275449, wastreidl@yahoo.de

**Nürnberger Land** \* Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064,

gerd.schnellinger@gew.bayern

**Passau/Östliches Niederbayern** Treffen alle zwei Monate

Kontakt: Tobias Korter, kv-passau@gew.bayern

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat

20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern

Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr,

im »Stefanos«, Ostengasse 16 (»Brandlbräu«),

Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien von 18.00-19.00 Uhr

im Büro in der Obermünsterstr. 4

Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

**Roth/Schwabach/Hilpoltstein** \*

Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

**Schweinfurt** jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Gaststätte Sperber

Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755,

manfred.schwinger@asamnet.de

**Weiden** jeden 2. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten \*

raul.vitzthum@gew.bayern, Kontakt: Raul Vitzthum, ☎ 0151 15551475

**Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen** \*

Kontakt: Irmgard Schreiber-Buhl, ☎ 08861 9789

wm-sog-gap@gew.bayern

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino

Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

**Würzburg** monatliche Treffen, \*

19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg

Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de